

Berliner Tageblatt



Nr. 57

und Handels-Zeitung

Montag, 3. Februar 1930

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die grundlegenden Beschlüsse des spanischen Ministerrats.

BERENGUER an der Arbeit.

Primo de Rivera soll nach den Balearen geschickt werden.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

MADRID, 3. Februar.

Der am Sonnabend abgehaltene Ministerrat des neuen spanischen Kabinetts hat eine ganze Reihe von Entscheidungen gebracht, die von allerhöchstem Interesse sind.

Lehrstuhl in Salamanca wieder. Am heutigen Montag soll die Universität in Madrid am Dienstag die Hochschule in Barcelona wieder eröffnet werden.

Eine wirtschaftspolitisch ausserordentlich wichtige Massnahme ist der Beschluss des Kabinetts, den vor wenigen Wochen eingeführten Abieferungszwang von 80 Prozent der Exportdevisen sofort aufzuheben.

Ferner wird den Advokatenkollegien die ihnen in letzter Zeit genomene Berechtigung zur Selbstwahl ihrer Vorstände wiedergegeben. Wie erinnerlich, war Primo de Rivera gegen die Advokaten vorgegangen, weil das Madrider Kollegium unter Benutzung des ihm zugestandenen Wahlrechts für die Nationalversammlung drei der erbittertesten Gegner der Diktatur gewählt hatte.

Ferner wird dem Ministerpräsidenten die ihm in letzter Zeit genomene Berechtigung zur Selbstwahl ihrer Vorstände wiedergegeben. Wie erinnerlich, war Primo de Rivera gegen die Advokaten vorgegangen, weil das Madrider Kollegium unter Benutzung des ihm zugestandenen Wahlrechts für die Nationalversammlung drei der erbittertesten Gegner der Diktatur gewählt hatte.

Primo de Rivera wurde vom Herzog von Almodovar, dem während des Staatstreiches von 1923 Innenminister war, zum Duell gefordert, weil er eine Verwandte des Herzogs beleidigt hat, und zwar ist dies die bekannte Mimi Castellana, mit der Primo de Rivera vor einigen Jahren einmal verlobt war.

Es verlautet, dass die Regierung beabsichtigt, Primo de Rivera, der noch immer aktiver Generalleutnant ist, als Generalkapitän nach den Balearen zu schicken.

Dort wäre er weit genug von Madrid entfernt. Man kann aber wohl kaum glauben, dass Primo bereit sein dürfte, diesen Posten anzunehmen. Dann müsste er allerdings den aktiven Dienst in der Armee quittieren. Aus der Partei Primo de Riveras, der Unión Patriótica, treten massenhaft Mitglieder aus. Jetzt wird vor aller Welt offenbart, zu einem wie grossen Teil dieses Gebilde, das eine Art faschistischer Organisation darstellen sollte, aus Diktaturgewinnern und geschäftlichen Strebern zusammengesetzt war.

Ueber die weitere politische Entwicklung sprach sich der Ministerpräsident dahin aus, dass man erst einmal das Staatsleben klären und in eine gerade Richtung führen müsse. Sei dies geschehen, dann sei der Weg frei für die Wahlen zu den Cortes. Einen Zeitpunkt könne er allerdings noch nicht angeben.

Jedes Ministerium ist nach dem Beschluss des Ministerrats angewiesen worden, die in seinen Bereich fallenden Verordnungen der Diktatur daraufhin zu prüfen, ob sie abgeändert werden müssen, und ob die vordem bestehenden Gesetze wieder in Kraft gesetzt werden können. Das kann die allerweitestgehenden Folgen haben. So weist „Sol“ darauf hin, dass unter diesem Beschluss die von der Diktatur willkürlich verhängten Geldstrafen fallen dürften. Ausserdem ist bekannt geworden, dass eventuell die Rechtsgültigkeit der unter Primo de Rivera geschaffenen Wirtschaftsmonopole angefochten werden soll. Ein anderer wichtiger Beschluss des Ministerrats ist die Wiederinkraftsetzung des von der Diktatur abgeschaffenen Staatseinkommengesetzes. Dadurch wird zum Beispiel die unter Primo viel geübte Uebertragung von Budgetposten unmöglich, die ein Mittel zur Verschleierung der tatsächlichen Ausgaben war. Die schon gemeldeten Massnahmen zur Beilegung des Akademikerkonflikts wurden bestätigt. Damit erhält auch Unamuno seinen

Polizeiliche und politische Gegenwehr.

Von

Dr. ERNST FEDER.

Die kommunistische Revolution, die auf den 1. Februar angekündigt war, ist nicht abgehalten worden. Während es in Hamburg immerhin zu erheblichen Ruhestörungen kam, ist in Berlin die Polizei ohne jede Mühe der Lage Herr geworden. Die rechtzeitige Verhaftung der Anführer hatte durch das ursprüngliche Programm einen dicken Strich gemacht, und einige Schreckschüsse haben genügt, um die Züge auseinanderzutreiben, die dem Demonstrationsverbot trotzen wollten. Verständlich ist, dass das kommunistische Zentralorgan trotzdem den Versuch macht, die Bedeutung der abgesagten Revolution in helles Licht zu setzen. „Der Hungermarsch hat begonnen“, heisst mit dem neu erfundenen Schlagwort die Parole des Tages. „Das Berliner Proletariat marschiert auf“, „eine graue Masse voll glühender Begeisterung und revolutionären Feuer wälzt sich durch die Strassen“, der „geschlossene Demonstrationzug von tausend revolutionären Arbeitern“, so sieht und so schildert eine erregte Phantasie die kümmerlichen Vorgänge dieser Tage, und es ist grotesk, dass dieselbe Zeitung, die das missglückte Unternehmen gern als einen revolutionären Aufstand darstellen möchte, auf derselben Seite über die Einleitung eines Hochverratsverfahrens in Kiel bewegliche Klagen führt, zwei Seiten weiter aber die Erbrechtsung eines „Vertreters“ in Moskau als vorbildlich preist und, allen Gewalttaten von rechts von vornherein einen Freibrief ausstellend, feierlich verspricht: „So wird auch die deutsche Arbeiterschaft mit allen ihren Feinden abrechnen.“

Es ist völlig klar, dass mit einem Barrikadenerfolg weder die Befehlsempfänger in Hamburg und in Berlin, noch die Befehlerteiler in Moskau gerechnet haben. Was bedeutet also das scheinbar sinnlose Treiben, über dessen Zusammenhänge und neue Wege in Handel, Film und Kino hier kürzlich nähere Angaben gemacht worden sind? Sollte etwa die Absicht bestehen, einen Putsch von rechts zu provozieren? Schon gehen neue Gerüchte von gewalttätigen Absichten der Rechten um. Von Waffenlagern ist die Rede. Von einem Unsturzversuch, für den schon das genaue Datum angegeben wird, nämlich die Nacht zum 25. März, weil an diesem Tage angeblich Reichspräsident von Hindenburg das Haager Abkommen unterzeichnen wird. Besonders vorsichtige Gespenstseher lassen schon ihre Wohnungen gegen alle Aufruhrschäden versichern. Ueber diese Thorheiten mit Kalenderdatum mag man lächeln. Aber es hat den Anschein, dass gewisse Kreise der Rechten durch systematische Verbreitung solchen Unsinn Unruhe stiften, dass sie unter Ausnutzung der ungünstigen Wirtschaftslage eine ähnliche Stimmung erzeugen möchten, wie sie im Oktober 1923 bestand.

Der Gefahr, die diese Situation bedeutet, muss die Regierung mit polizeilichen und politischen Waffen entgegenreten. Zu den polizeilichen Waffen gehört das Republiksschutzgesetz, dessen Beratung man bisher künstlich verzögert hat, offenbar, weil man der jetzigen Situation einen Konfliktsstoff fernhalten wollte. Morgen ist die zweite Ausschussberatung des Gesetzes, und es ist dringend erwünscht, dass der Reichstag, sobald er die erste Lesung der Young-Gesetze beendet und sie dem Ausschuss überwiesen hat, die dann freiwerdende Zeit für die Beratung des Schutzgesetzes im Plenum benutzt. Wichtiger noch ist die politische Gegenwehr. Sie verlangt, dass die Reichsregierung aus sich heraus endlich die innere Kräftigung vornimmt, die unbedingt notwendig ist. Es ist nicht zu verkennen, dass die Bewegung in den Ländern nicht gerade zur Stärkung der Regierungsgewalt beigetragen hat. In Württemberg hat der von den angesehensten Demokratenführern gemissbilligte Eintritt der Demokraten in die Regierung der Herren Bolz und Bazille eine sehr unerfreuliche Situation herbeigeführt. In Sachsen sind die Mehrheitsverhältnisse so unsicher, dass der volksparteiliche Ministerpräsident Bürger mit dem Nationalsozialisten zu liebäugeln beginnt, und in dem Nachbarland Thüringen hat sich die Deutsche Volkspartei mit ihnen schon an einen Regierungslitz gesetzt. In Preussen endlich hat das hässliche Spiel der letzten Wochen zwar nicht zur Bildung der Grossen Koalition,

Einigung über Saarfrage und Polen-Abkommen.

Parteiführer-Besprechung in der Reichskanzlei.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist auf heute nachmittag, 5 Uhr, einberufen worden, um den Termin für den Zusammenritt des Reichstags festzusetzen. Die Vollsetzung des Reichstags zur Verabschiedung der Haager Gesetze ist auf Dienstag, nachmittags 5 Uhr, anberaumt worden. Man rechnet also damit, dass die Ausschlüsse des Reichsrats, die heute morgen zur Beratung über das Abkommen mit Polen zusammengetreten sind, heute oder spätestens bis morgen mittag fertig werden. Unsicher ist noch, ob der Reichsrat selbst schon morgen abend die Young-Gesetze verabschieden kann. Sollte er auch noch am Mittwoch tags, so würde der Reichstag nicht schon am Freitag in die erste Lesung der Gesetze eintreten können. Um aber die Volksvertretung für alle Fälle zur Hand zu haben, beabsichtigt der Präsident des Reichstags, dem Aeltestenrat vorzuschlagen, das Haus jedenfalls auf Freitag einzuberufen und ihm unter Umständen eine andere Tagesordnung (Mieterschutz und andere Vorlagen) anheimzustellen.

Die Parteiführer der Regierungsparteien sind heute vormittag, 11 Uhr, in der Reichskanzlei zur Besprechung über den Stand der Saarverhandlungen und über das Liquidationsabkommen mit Polen erschienen.

Die Deutsche Volkspartei war bei der Parteiführerbesprechung durch die Abgeordneten Zeyl und Freilherr

von Rheinbaben vertreten, da der erst vor wenigen Tagen nach Berlin von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrte Parteiführer Scholz noch nicht hinreichend mit den laufenden Angelegenheiten vertraut ist. Ueber Finanzfragen ist heute noch nicht gesprochen worden; doch sollen im Laufe dieser Woche noch mehrere Parteiführerbesprechungen stattfinden, in denen dies eingeholt werden wird.

Die Parteiführerbesprechungen waren um 2 Uhr beendet. Wie wir hören, ist sowohl in bezug auf die Saarfrage, wie insbesondere auch in bezug auf das polnische Liquidationsabkommen Uebereinstimmung mit den Parteiführern erzielt worden. Es wird damit gerechnet, dass von preussischer Seite jetzt keine weiteren Schwierigkeiten gegen den Abschluss dieses Abkommens erhoben werden.

Landeshauptmann Piontek †. Der Landeshauptmann von Obereschlesien, Dr. Piontek, ist an einer langdauernden inneren Erkrankung, zu der eine Lungenentzündung trat, in Ratibor verstorben.

Selbstmord. Wie wir hören, hat sich heute vormittag der Inhaber der bekannten Speditionsfirma Schüttele & Noelle, Fritz Buchenau, in seinem Bureau in der Brunnenstrasse erschossen. Als Grund der Verzweiflungsthat wird uns Nervenzerrüttung genannt. Finanzielle Schwierigkeiten der Firma scheinen nicht in Frage zu kommen.

Driften, Rattl, XI, regen von biozer, 12 Lan'schafts, enden photo, Ver assora, sgabe,uckt in Halb, iert 1 bie CCC, gabe, in alionischem, ar nummeriert

achungen, ngen, RUNG, ungslein chtar, (vaer - Pfalz), r, ab 11 Uhr, ag, v. 10-7 Uhr, pendate v. Trunk, zt. Einzelmöbel, rchtungskörper, ilinen; K. P. M., Oelgemalde von eren (teppiche und opische / Yampy), uss Waschtisch

ng, -Wohnng, wegen, se 43., r, ab 11 Uhr, r, ab 11 Uhr, tig (von Pfalz), hranken, Eiche, Filmöbel, reich eingel., kokoko m. allen einleage / etc., m. Garischen d. rrv. Carosfeld, nen Decken etc., k, Kula, Tabris., K. P. M. für r 12 Personen, n. Dekorationen, Klaviesel, stattung, alifornzerberbe, anen Haasat etc.

Joseph, burg 1549., UNG, idapest, idapest, ence / Curano, EN (lesien), hundertst., n- Laour, hundertst., LES, m. B. M., a (sithraße), erkunst Berlin, n. Gatin mit ausr, im, je Dame, d ihre, will, als alleing, ihr Heim auf, e, hr. in engl. an Yta, Tiehrat on Tham, gland.

LAND., die (jüdisch, nicht Herrn als einlege n ihren schön, in London auf, Besta nutes Heim, Zuschrift an Mra. Roswauel, nst. West Hamp, N. W. 6.

ologie, n. Neuchille (Lant, Angebote, Reisen, ungen unter Regt n. Mosse, Königspl, (Hohenz. u. Tel. 20, Specialanwtr.) (alle, r, v. 10-11 Uhr, 11-12 Uhr, verliches Anwesen in Park Sport, Gmnas, ne Vorbereitungsst,